

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30, 32 und 31 - Referendarbezüge und
Lehrerbedarf -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Nr. 155.01 / 31.05.2001

Schrittweise und zügige Umsetzung notwendig

Die Bildungsministerin hat einen ausführlichen Handlungskatalog zur Lehrerversorgung vorgelegt, der eine Reihe von Punkten aufgenommen hat, die Bündnis 90/Die Grünen schon Anfang des Jahres vorgeschlagen haben. Uns ist jetzt vor allem die schrittweise und zügige Umsetzung wichtig. Wir erwarten hier ein gutes Management und viel Phantasie.

Wir brauchen noch in diesem Jahr:

- mehr Referendarsstellen,
- eine bessere Bezahlung der ReferendarInnen,
- transparentere Stellenbedarfsbeschreibung,
- attraktive Angebote für QuereinsteigerInnen
- und eine schnellere Dauereinstellung.

Wir freuen uns, dass die Landesregierung mit Hochdruck an diesen Punkten arbeitet.

Unsere Vorschläge für weitere kurzfristige Maßnahmen sind:

- Eine im Internet veröffentlichte Landkarte, aus denen die akuten und langfristigen Bedarfe nach Schularten und Fächer hervorgehen.
- Eine generelle Verkürzung des Referendariats wie ein Hamburg von zwei auf einhalb Jahre, mit einer anschließenden Coachingphase, - dies würde Mittel freisetzen, um mehr ReferendarInnen einzustellen,

- Angebote an diejenigen ReferendarInnen, die schon Unterrichtserfahrung haben, auch während des Referendariats mehr Stunden zu unterrichten, diesen Unterricht extra zu bezahlen und als regulären Unterricht zu werten.
- Die Fahrtkosten der ReferendarInnen zu bezuschussen, wenn die Strecke zwischen Wohn- und Arbeitsort besonders weit sind.
- Die Bezüge für BerufsschulreferendarInnen zu erhöhen - falls die schleswig-holsteinische Initiative im Bundesrat scheitert, dann sollten wenigstens landesweite finanzielle Sonderunterstützung für diese Berufseinstiegsgruppe geleistet werden - dazu gibt es ja auch einen Konsens hier im Landtag. Da bisher der Bundesinnenminister eine zügige Entscheidung blockiert, ist jetzt die Landesregierung gefordert, eine landesweite Interimslösung vorzulegen.
